

Zynisches Spiel mit dem Flüchtlingselend

Im chaotischen Libyen hält sich die Anteilnahme angesichts ertrinkender Migranten in Grenzen

Für die beiden libyschen Regierungen hat die Flüchtlingsfrage keine Priorität. Vielmehr mehren sich die Indizien, dass Libyen wie einst unter Ghadhafi aus der europäischen Angst vor neuen Flüchtlingsströmen Kapital schlagen will.

Beat Stauffer

Vor der libyschen Küste ertrinken einmal mehr Hunderte von Menschen. Doch die Anteilnahme in Libyen hält sich in Grenzen. Das mag angesichts der chaotischen, bürgerkriegsähnlichen Situation, in der sich das Land befindet, nachvollziehbar sein. Für die beiden rivalisierenden Regierungen hat das Flüchtlingsproblem entsprechend keine Priorität. Sie geben dem Aufbau solider staatlicher Strukturen in Libyen den Vorzug. Mit der Angst vor einer riesigen Flüchtlingswelle wüssten die Regierungen allerdings auch einen wichtigen Trumpf gegenüber Europa auszuspielen, meint der liberale libysche Politiker und Gründer der Demokratischen Partei Libyens, Ahmed Shebani. Schliesslich wisse man, dass Europa zur Eindämmung der Flüchtlingsströme auf die Zusammenarbeit mit dem libyschen Staat angewiesen sei. Damit setzen die beiden verfeindeten Regierungen die Politik Ghadhafis fort, der Europa regelmässig gedroht hatte, schwarzafrikanische Flüchtlinge «loszuschicken».

Mächtige Schlepperbanden

Drehscheibe der Ausreise von Zehntausenden von schwarzafrikanischen Migranten ist die westlich von Tripolis gelegene Küstenstadt Zuwara. Die Stadt



Afrikanische Migranten warten im libyschen Auffanglager Garabulli, wie die Behörden mit ihnen verfahren. GORAN TOMASEVIC / REUTERS

zählt etwa 75 000 Einwohner, die Bevölkerung ist mehrheitlich berberisch. Die Milizen von Zuwara haben sich laut Shebani mit den Kämpfern der Misrata-Miliz verbündet, welche ihrerseits das militärische Rückgrat der international nicht anerkannten Regierung von Tripolis bilden. Der landesweit wichtigste Hotspot des Schlepperwesens befindet sich somit im Einflussbereich des gemässigt islamistischen Tripolis-Lagers. Doch nach Einschätzung des Politikers Shebani unternimmt die dortige Regierung nichts gegen die kriminellen Banden, die das Schlepperwesen kontrollieren. In der derzeitigen instabilen Lage scheint die ohnehin schwache Regierung keine neuen Konfliktlinien eröffnen zu wollen. Die Schlepperorganisationen sind mächtig und das Geschäft mit den illegal Migrierenden äusserst lukrativ. Zurzeit haben die Schlepper also faktisch freie Hand.

Offenbar hat die gegenwärtige Welle irregulärer Ausreisen von Flüchtlingen aus Schwarzafrika auch mit der Situation an den libyschen Grenzen im Süden zu tun. Zwar gehört der grösste Teil Südlibyens zu einer militärischen Sperr-

zone, doch scheinen die Grenzen in letzter Zeit wieder durchlässiger geworden zu sein. In der Region ansässige Nomaden beschäftigten sich neben der Schleusung von Migranten aus Sahelstaaten, dem Sudan und Eritrea auch mit Waffen- und Drogenschmuggel.

Enttäuschung über die EU

Harte Kritik übt Shebani auch an der EU, die unfähig sei, den Schutz der in Seenot geratenen Flüchtlingsboote zu garantieren. Als Hilfsmassnahme schwebt ihm die Einrichtung eines Fonds vor, in den alle Ölfirmen, Reedereien und Anliegerstaaten des Mittelmeers einen substanziellen Beitrag einzahlen könnten. Damit solle eine neue Organisation finanziert werden, welche unter dem Patronat der Uno zu stehen hätte. Ihre Aufgabe wäre es, Rettungs- und Repatriierungsmassnahmen durchzuführen und gleichzeitig die Grenzen im Norden und Süden mit Drohnen zu überwachen. Auf hoher See aufgegriffene Flüchtlinge würden nach dieser Vorstellung allesamt auf libysches Territorium zurückgeholt und anschliessend

in neu zu errichtenden Flüchtlingscamps im Süden Libyens untergebracht, wo sie maximal sechs Monate interniert würden. Dort könnten auch allfällige Asylgründe geprüft werden. Die grosse Mehrheit der Migranten, zumindest diejenigen aus den angrenzenden Sahelstaaten könnten in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden, Asylsuchende aus Kriegsgebieten aber gesondert behandelt werden.

Shebanis Demokratische Partei Libyens vertritt damit als eine der ersten im gesamten Maghreb eine Forderung, die in Europa schon verschiedentlich von rechtsbürgerlicher, konservativer Seite vorgebracht wurde. Sie wird ohne Zweifel heftige Debatten auslösen. Denn weisen nicht alle bisherigen Erfahrungen darauf hin, dass Libyen selbst minimale rechtliche Standards bezüglich Menschenrechten nicht einhalten kann? Shebani räumt ein, dass die Lager gerade deshalb unter Uno-Leitung stehen müssten. Angesichts der Alternative, Hunderte von Migranten Woche für Woche ertrinken zu lassen, stellten die Lager einen moralisch und politisch vertretbaren Kompromiss dar.

Verzweiflung in Westminster

Anhaltendes Patt im Wahlkampf

Im britischen Wahlkampf herrscht ein Patt. Sachliche Argumente sind ausgegangen. Die Lager suchen sich gegenseitig zu diskreditieren.

Peter Rásonyi, London

In Westminster herrscht gut zwei Wochen vor der Unterhauswahl Verzweiflung. Die Sachargumente sind ausgegangen. Labour wie die Konservativen haben letzte Woche mit der Vorlage ihrer Wahlprogramme das ganze Wahlkampf-Pulver verschossen, ohne an Terrain zu gewinnen. Die Wählerumfragen verharren stur bei jeweils einem Drittel der Stimmen. Geschieht in den nächsten zwei Wochen nicht ein kleines Wunder, darf keine Seite mit dem Gewinn einer Parlamentsmehrheit rechnen.

Gezielte Diskreditierung

Die Konservativen waren mit grosser Zuversicht in den Wahlkampf eingetreten. Doch ihre Taktik, die eigenen wirtschaftlichen Erfolge ständig zu wiederholen und alle Energien auf die Vernichtung des scheinbar hoffnungslos unterlegenen Oppositionsführers Miliband zu verlegen, hat enttäuscht; der Labourführer hat in den letzten Wochen vielmehr deutlich an Statur gewonnen.

Premierminister Cameron wirbt immer noch selbstbewusst für eine Parlamentsmehrheit. Tatsächlich scheinen sich die Parteistrategen der Konservativen aber darauf vorzubereiten, dass weder sie noch Labour die notwendige Mehrheit von 326 Sitzen erhalten werden. Dann wird gemäss der Verfassung die Partei mit den besten Aussichten auf eine stabile Regierung den Premierminister stellen. Ohne Bündnispartner wird das nicht gehen. Und da hat Labour die besseren Karten, selbst wenn die Partei einige Sitze weniger als die Tories erringen würde.

Nach heutigem Stand der Wahlanalysen würden weder Labour noch Konservative mehr als 280 Sitze erhalten. Die Liberaldemokraten, der bisherige Regierungspartner, werden auf vielleicht noch 25 Sitze dezimiert. Selbst mit 7 bis 10 nordirischen Unionisten (DUP) und einer Handvoll Ukip-Abgeordneter würde das den Tories nicht für eine Regierungsmehrheit reichen. Labour könnte dagegen mit den erwarteten 35 bis 50 schottischen Nationalisten (SNP) und den kleinen Linksparteien oder den Liberaldemokraten eher ein knappes Regierungsbündnis zimmern.

Schüren von Ängsten

Aus diesem Grund fokussiert sich die Strategie der Konservativen nun darauf, ein solches Bündnis schon vor der Entstehung zu diskreditieren. Cameron warnte am Wochenende in einem Zeitungsartikel die Wähler davor, ihre Stimme einer der kleinen Parteien zu geben und damit «das totale Chaos» zu stiften. Labour würde laut Cameron das Land in den Bankrott führen, die SNP würde es aufbrechen. Die Konservativen versuchen der SNP, welche die klar drittgrösste Partei in Westminster werden dürfte und eine gute Politik für das ganze Königreich verspricht, jegliche Legitimität abzuspüren. Das kommt in Teilen Englands gut an, ist aber ein gefährliches Spiel, denn es bestätigt die schottische Entfremdung vom Königreich und widerspricht der Verfassung.

Die Konservativen schüren Ängste und präsentieren sich als die sichere Wahl. Das folgt der Einschätzung von Politologen, dass spät entschlossene Wähler sich eher für Sicherheit entscheiden. Die Alternative ist aber keineswegs so eindeutig. Auch eine knappe konservative Regierung, die den Stimmen einiger hartgesottener Euroskeptiker aus den eigenen Reihen ausgeliefert wäre, hätte schwer berechenbare Züge. Damit haben die Premierminister Thatcher, Major und Cameron ihre unliebsamen Erfahrungen gemacht. Unsicherheit blüht Grossbritannien so oder so.

Mittelmeer-Tragödie zwingt Europa zum Handeln

Die EU-Staaten wollen ihre Bemühungen zur Rettung von Bootsmigranten und ihren Kampf gegen Schlepper intensivieren

Die EU-Staaten wollen mit einer erheblichen Stärkung ihrer Operation «Triton» auf das jüngste Bootsunglück im Mittelmeer reagieren. Neu lanciert ist auch die Debatte um die EU-interne Verteilung von Flüchtlingen.

Niklaus Nuspliger, Luxemburg

Auf die Flüchtlingskrise im Mittelmeer hatte die europäische Politik in den letzten Jahren mit vielen Worten reagiert, denen kaum Taten gefolgt waren. Das bisher schlimmste Bootsunglück im Mittelmeer, bei dem in der Nacht auf Sonntag bis zu 950 Migranten ertrunken sind, hat nun aber den Handlungsdruck auf die EU derart stark erhöht, dass Sofortmassnahmen politisch unausweichlich geworden sind. Der EU-Ratspräsident Donald Tusk hat die EU-Staats- und Regierungschefs darum für Donnerstag zu einem Sondergipfel zur Migrationspolitik geladen. Und an einem Sondertreffen der EU-Aussen- und Innenminister vom Montag in Luxemburg gab es Zeichen für einen Sinneswandel, auch wenn viele Ideen noch der

Konkretisierung bedürfen und es an kurzfristigen Patentrezepten mangelt.

EU-Mission gegen Schlepper

EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos präsentierte in Luxemburg einen Zehn-Punkte-Plan, der auf die Zustimmung der Minister stiess und den die EU-Regierungschefs nun am Donnerstag billigen sollen. Einigkeit herrschte darin, dass Europa dem Sterben im Mittelmeer nicht mehr tatenlos zusehen kann und seine humanitären Bemühungen für die Rettung schiffbrüchiger Migranten verstärken muss. Die seit Anfang Jahr bestehende Operation «Triton» unter der Führung der EU-Grenzschutzagentur Frontex, deren neun Schiffe bloss in der Nähe der italienischen Küste operieren, soll gemäss dem Willen der EU-Staaten gestärkt werden, wobei eine Verdoppelung der Mittel von «Triton» von monatlich drei auf sechs Millionen Euro geplant ist.

Parallel zu dieser humanitären Antwort, die gegenüber der bisherigen Politik einer Kehrtwende gleichkommt, wollen die EU-Staaten aber auch die Repression verstärken und ihre Bemühungen zur Bekämpfung der Schlepper

intensivieren, wobei die EU in erster Linie die Zerstörung der Schiffe der Schlepperbanden anvisiert.

Wie die EU-Aussenbeauftragte Federica Mogherini erklärte, will sich die EU dabei auch auf die im Rahmen der Anti-Piraterie-Operation «Atalanta» am Horn von Afrika gesammelten Erfahrungen abstützen. Avramopoulos sprach von einer «zivilen militärischen Mission», Mogherini kündigte Bemühungen um ein Mandat des Uno-Sicherheitsrats an. Kommt eine solche Operation tatsächlich zustande, wäre auch dies eine substanzielle Neuausrichtung der EU-Strategie, zumal viele EU-Staaten traditionell vor dem Einsatz militärischer Mittel zurückschrecken.

Soll das Schlepperwesen eingedämmt werden, ist eine Stabilisierung Libyens unumgänglich, von wo aus die meisten Migranten nach Europa aufbrechen. Mogherini prüft darum Optionen für einen EU-Einsatz in Libyen, sobald sich dort die beiden rivalisierenden Regierungen zu einer Bildung einer Einheitsregierung und auf einen Friedensplan geeinigt haben. Solange der bürgerkriegsähnliche Konflikt aber einer Lösung hart, bleibt der EU wenig anderes übrig, als auf den Erfolg der

Friedensbemühungen des Uno-Emisjärs Bernardino Leon zu hoffen.

Ein Versuch mit Kontingenten

Teil des Zehn-Punkte-Plans der EU ist auch die erstmalige Aufnahme eines europäischen Flüchtlingskontingents, wobei informell von rund 5000 Flüchtlingen die Rede war. Obwohl diese Pläne nur im Rahmen eines für die EU-Staaten freiwilligen Pilotprojekts verwirklicht werden sollen, lanciert die EU damit die brisante Debatte über die Definition eines Schlüssels zur Verteilung von Flüchtlingen auf die EU-Staaten – was gemäss dem geltenden Dublin-System nicht vorgesehen ist.

Da einige der nun im Eilzugtempo erarbeiteten Massnahmen politisch heikel sind, gilt es, deren Konkretisierung abzuwarten. Die EU-Aussenbeauftragte Mogherini zeigte sich indes zuversichtlich, dass das jüngste Bootsunglück zu einem nachhaltigen europäischen Bewusstsein für die Flüchtlingsproblematik und zu einem neuen politischen Willen geführt habe. Dass es traurig sei, dass es für das Umdenken einer derartigen Tragödie bedurft habe, räumte Mogherini ebenfalls ein.